

Was der Chinese Hsü Dau-Lin sagt:

Volk wissen nun, was ihnen gebührt und nicht gebührt. (Man hat früher die Fremden verkannt und verachtet, dann halb verstanden und gescheut, jetzt versteht man sie und will mit ihnen konkurrieren.) China hat sich auf sich besonnen und kämpft um seine Existenzberechtigung. Wenn China früher so wenig auf den Verkehr mit dem Ausland eingestellt war — es gewährte 1844 Frankreich und Amerika dieselben Rechte und Vorteile, die England sich 1842 im Opiumkrieg erkämpft hatte —, so ist ihm heute seine Stellung im Weltganzen die wichtigste Angelegenheit geworden. Die Abschaffung der „ungleichen Verträge“ ist seit Jahr und Tag das A und O der chinesischen Diplomatie, dem sich die Großmächte bei ihrem Verkehr mit China auf die Dauer nicht mehr entziehen können.

China hat in seinem Unglück gelernt, daß es mit dem Ausland keine guten Geschäfte gemacht hat. China weiß jetzt, daß man hier Handel treibt, um die chinesische Konkurrenz zu schlagen, nicht „um der Schatzkammer des Reichs mehr Steuereinnahmen zuzuführen“; daß man hier eine Eisenbahn baut, um sich eine militärische Operationsbasis zu schaffen, nicht „um das Land zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu bringen“, daß man gekommen ist, um Herr und Ausbeuter zu sein, nicht „Helfer“ und „Freund“.

Die Mandschurei ist die Lebensader Chinas

So ist auch das ganze mandschurische Problem zu verstehen. China weiß heute, was dies ungeheure Gebiet — die Mandschurei hat eine Größe von Deutschland und Frankreich zusammen — mit seinen unschätzbaren Natur- und Bodenschätzen: Sojabohnen, Gaultiang in den Stromtiefländern, jährliche Ausfuhr im Werte von 400 Millionen mexikanischer Dollar, riesige Tannenwälder in der Provinz Kirin, Goldminen am Amur und bei Tshipikou, Steinkohle (2,4 Milliarden Tonnen), Eisen (300 Millionen Tonnen)

und Silber bei Mukden, am Dalai Noi, bei Fuschun und Miaurschan — für seine Lebensinteressen bedeutet. China weiß, was es für seine nationale Verteidigung ausmacht — von hier aus haben die Mandschu 1644 das ganze China erobert. China weiß, daß es bei der heutigen Wirtschaftskomplikation um dies Gebiet erst kämpfen muß. Aber Chinas Kampf um seine Ostprovinzen ging in friedlicher Form vor sich. Es siedelte seine Einwohner dorthin um. Dort leben jetzt 30 Millionen Chinesen bei 1 Million Koreanern (davon 40 bis 50 Prozent mit chinesischer Staatsangehörigkeit) und 200 000 Japanern (davon nur 5000 außerhalb des Pachtgebietes in Kwantung). Es baute seine eigenen Eisenbahnen ohne ausländische Finanz- und Arbeitshilfe. (Eine Abmachung, nach der China keine Konkurrenzbahnen in der Mandschurei bauen darf, steht in keinem der bestehenden publizierten und geheimen Abkommen.) Es legt dort einen eigenen Hafen, Hulutao an der Liao-Mündung, an. China will seine Ostprovinzen mit eigenen Kräften bewirtschaften.

Und vor allem: auch die Regierung von den Ostprovinzen, die früher eine selbständige und unabhängige Haltung gegenüber der Zentralregierung einnahm, weiß jetzt, wohin sie gehört. Während die frühere Regierung der Ostprovinzen mit Hilfe Japans, natürlich ihm dafür eine Konzession nach der anderen gewährend, immer neue Bürgerkriege in das innere China hineinbringen konnte, hat die jetzige Regierung sich rasch zu der Nationalregierung bekannt. Japan versuchte zwar diese Einigung Chinas zu verhindern; im Mai 1928 landete Japan Truppen in Schantung, um den nach dem Norden ziehenden Nationaltruppen den Weg zu sperren, und es kam zu dem Tsinanfu-Zwischenfall; als die Nationaltruppen Peking einnahmen und die Mukdenregierung im Begriff war, sich zu der Nationalregierung in Nanking zu bekennen, drohte Japan, die Stadt Mukden zu besetzen, aber